

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdbd., fl. 1. 8stert. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Berliner Polizei

hat auch die dritte Auflage unserer Nr. 123 confiscirt. Da jedoch die Confiscation spät erfolgte und die Exemplare bereits per Post abgegangen waren, so daß unsere Abonnenten richtig in den Besitz derselben gekommen sein dürften, so ist die Veranstaltung einer weiteren Auflage nicht erforderlich.

Vortrag

„Der Socialismus und das Privateigenthum am Grund und Boden.“

(Fortsetzung.)

Wenn Sie meinem Vortrage bis hierher mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, so werden Sie bereits erkannt haben, daß der in der Bodenrente liegende Mißstand, die Ausbeutung aller Consumenten durch eine Klasse von Producenten, nicht etwa eine zufällige, sondern eine mit innerer Nothwendigkeit aus dem Wesen des Privateigenthums hervorgehende Erscheinung ist.

Der Grund, warum die Bodenrente besteht, liegt nicht, wie man häufig fälschlich angegeben und angiebt*), darin, daß bei der Bodenproduction Naturkräfte mitthätig sind; denn dies ist durchaus kein bezeichnendes Merkmal der alleinigen Bodenproduction. Auch im Bereiche der industriellen Production wirken überall Naturkräfte mit und in vielen Fällen z. B. bei der Anwendung von Dampfmaschinen, bei der chemischen Fabrication in sicher nicht minderem Maße wie bei der Bodenproduction. Der Grund der Bodenrente ist vielmehr dieser, daß während man in der Industrie die erforderlichen Hilfsmittel, durch welche man die Naturkräfte dienstbar macht, beliebig vermehren kann, dies bei der Bodenproduction, insofern es sich um das hauptsächlichste Hilfsmittel, den Grund und Boden selbst, handelt, nicht der Fall ist. Nur so und so viel Boden von einer bestimmten Qualität und nur so und so viel Boden überhaupt steht einem Gemeinwesen zu Gebote und hieran ist quantitativ nichts zu ändern. Wenn dies aber einmal so ist und wenn ferner der Boden in einzelne Grundstücke getheilt ist, deren jedes seinen Privateigenthümer hat, so muß mit innerer Nothwendigkeit die Sache sich so gestalten, wie ich früher entwickelt habe: daß nemlich nach den schlechtesten Grundstücken, die überhaupt in Anbau genommen werden mußten, der Preis der Producte sich bestimmt.

Wo Privateigenthum am Grund und

*) Solche falsche Begründungen richtiger Sätze haben immer das Schlimme, daß diejenigen, welche die falsche Begründung widerlegt haben, die Sache selbst widerlegt zu haben wähnen oder vorgeben.

Boden besteht, da ist nothwendig auch die Bodenrente vorhanden.

Da wir jedoch die Bodenrente als einen Mißstand erkannt haben, so haben wir uns zu fragen: Wie kann dieselbe weggeschafft werden?

Bevor wir an die Beantwortung dieser Frage gehen, müssen wir zuvörderst untersuchen, was wir überhaupt vernünftigerweise verlangen können, d. h. wir müssen uns die Frage selbst erst klar machen.

Heutzutage, so fanden wir, wird der Tauschwerth der Bodenproducte bestimmt durch die ungünstigsten Verhältnisse, unter denen producirt wird. Am besten wäre es freilich, wenn das Gegentheil möglich wäre: wenn der Tauschwerth der Bodenproducte bestimmt würde durch die Arbeit, die unter den günstigsten Verhältnissen verwandt wird. Aber dies ist eine Unmöglichkeit. Wie heutzutage das Bestimmwerden des Tauschwerthes der Bodenproducte durch das Ungünstigste zur Folge hat, daß eine einzelne Klasse einen Sondervortheil auf Kosten der Gesamtheit genießt, so würde der entgegengesetzte Fall nur denkbar sein unter der Voraussetzung, daß von irgend einer Seite her der erwachsende Schaden getragen würde. Im nicht social-demokratischen Staate wäre dies eine Unge rechtigkeit; im social-demokratischen ist die Voraussetzung überhaupt ein Unding, weil die Interessen der Gesamtheit solidarisch sind. (Diejenigen, denen Ersatz gezahlt würde, und die, welche ihn zahlten, wären dieselben Personen.)

Das Richtige liegt in der Mitte: nicht die ungünstigsten Verhältnisse dürfen entscheiden, nicht die günstigsten können bestimmend sein; wohl aber kann und muß der Durchschnitt, können und müssen die mittleren Verhältnisse entscheiden sein.

In diesem Sinne lassen Sie uns die Frage prüfen. (Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 24. Juli.

Sieben Jahre des angestrengtesten Kampfes gehörten vor etwas mehr als einem Jahrhundert dazu, um dem jungen aufstrebenden Staate Preußen eine gleiche Nachstellung mit Oesterreich zu sichern; heute sind für dasselbe Preußen, wie die österreichischen Blätter es selbst eingestehen, sieben Tage blutiger Arbeit erforderlich gewesen, um das alte moribunde österreichische Staatsgebäude bis in seine tiefsten Grundfesten zu erschüttern und, wenn Preußen ebenso seinen Sieg zu benutzen als zu siegen versteht, Oesterreichs lähmenden Einfluß in Deutschland für immer zu brechen. Wenn Preußen seinen Sieg zu benutzen versteht, sagten wir, und Herr v. Bismarck sagte das Programm seiner auswärtigen Politik beim Antritt seines Ministe-

riums in die Worte zusammen, daß der Schwerpunkt Oesterreichs nach Pesth verlegt werden müsse. Diesem Programm gegenüber sind die Friedensbedingungen, welche bis jetzt verlaublich sind, allerdings mehr als geeignet, uns stutzig zu machen. Preußen unterbrach seinen Siegeslauf schon am 13ten dadurch, daß es aus „Freundschaft für Napoleon“ der österreichischen Regierung eine dreitägige Waffenruhe anbot. Die österreichische Regierung ging auf diese Waffenruhe damals nicht ein, das Wiener Cabinet wies die Friedensgrundlagen, welche zu gleicher Zeit angeboten wurden, sogar leidenschaftlich von sich. Und zum zweiten Male bot Preußen auf Betrieb Napoleons eine Waffenruhe von fünf Tagen an, damit der Wiener Hof innerhalb dieses Zeitraums seine Annahme oder Verwerfung der Friedenspräliminarien kundgeben könne. Goldne Brücken sind einem niedergeschmetterten Gegner selten so gebaut worden, und Oesterreich hat sich nun mittlerweile bewogen gefühlt, nicht bloß die fünftägige Waffenruhe, sondern auch die Friedenspräliminarien anzunehmen.

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten, gegen die wir uns jedoch im Namen der deutschen Nation verwahren zu können glauben, lauten diese Friedenspräliminarien freilich wunderbar genug. Doch laufen die bisher eingegangenen Nachrichten so ziemlich auf dasselbe hinaus. Die Pariser „Presse“ bringt darüber folgendes:

Preußen annectirt sich die Erb- Herzogthümer, den südlichen Theil Hannovers und das Kurfürstenthum Hessen, um auf diese Weise seine West- und Ost-Provinzen in Verbindung zu setzen. Alle im Norden vom Rhein gelegenen Staaten bilden einen besonderen Bund, dessen Führung Preußen erhält; es wird diesen Bund allein im Auslande repräsentiren und dessen militärische Streitkräfte, welche organisiert werden, wie die preussischen, unter seinem Commando haben. Den südlich vom Rhein gelegenen Staaten steht es frei, einen besonderen Bund zu schließen; es ist ihnen nicht verboten, Oesterreichs deutsches Gebiet darin aufzunehmen. Wenn die beiden Bundesstaaten unter sich wegen gemeinschaftlicher Angelegenheiten vermittelst eines Bundestages Beziehungen herstellen wollen, so wird die Präsidentschaft Preußen angehören. Die Stimmen werden so vertheilt werden, daß der Norden zehn, der Süden sechs hat. Oesterreich wird sein ganzes Territorium behalten, mit Ausnahme von Venedig, das der König von Italien erhält. Oesterreich wird Preußen eine Kriegsteuer von 200 Millionen bezahlen; diese Summe wird aber durch den Theil der österreichischen Schuld, welchen Italien in Folge der Cession Venetiens übernimmt, compensirt werden.

Und wenn dies wirklich die vermittelnden Ideen Napoleons sein sollten, so tritt er diesmal, wie eine Correspondenz der „Nat. Ztg.“ sagt, mit dem ganzen Gewichte seiner Persönlichkeit für dieselben ein, und da in Wien die Nothwendigkeit dieses rettenden Einflusses einleuchtete, so werde man von unpolitischen und verdecklichen Projecten zurückkommen müssen, um denselben nicht zu verschwerzen. Nach der „Öst. Post“ hat Graf Bismarck außer Oesterreichs Austritt aus dem deutschen Bunde nur noch die Abtretung des österreichischen Oberschlesiens ge-

bis Lu
Unter
Friedr
Lunden
March
der B
Preßbu
sich am
Preufe
nach d
des G
Man n
Oester
Es f
blieber
in Pre
heit er
zweiten
sein.
währen
reichs
bracht.
seits n
halb W
ten wir
Di
wissen,
die Ste
men be
Geling
durch
zu drück
Borw
genau
verhältn
des Fei
nicht ja
Energie
saffen,
fer w
es aber
daß für
irgend
werden
im geger
als ma
wünscht
Regieru
erinnert
Herr v
der St
berührt
Berlin,
Untersch
die heilte
bemächti
daß die
Nordarm
Schlag
kräftig
fähler
stächten
verprovi
lich auf
sich allen
täglich
harmlose
nischen
fert wer
Durch
Kampfes
barter D
nach neu
scheint.
unaushal
lein Me
Brigade
gangen
Wiesbad
Darob
verschwin
gerungs
lassen, i
seine Ge
als „the
während
würde, v

